

Sandra Sollberger	Adrian Billerbeck	Hanspeter Weibel	Reto Tschudin	Caroline Schmid	Matthias Ritter
Zuwanderung eigenständig steuern	Der Vorhang fällt	Corona – Wie kommen wir da wieder raus?	Das neue Sozialhilfegesetz Basel-Land:	Ist das Schulfach «Französisch» bald passé?	Mit der grossen Kelle in Richtung Ruin
Seite 3	Seite 4	Seite 5	Seite 7	Seite 8	Seite 9

AZB
4414 Füllinsdorf

Ein Jahr, das in die Weltgeschichte eingeht ...

... und das uns Schweizerinnen und Schweizern die Augen öffnen muss!
Denn bereits jetzt ist klar: Die heutige Abhängigkeit vom Ausland ist gefährlich und schwerfällige Konstrukte wie die EU haben bei der Bewältigung von Krisen erneut kläglich versagt.



Dominik Straumann
Kantonalpräsident SVP BL

Zuerst hoffe ich, dass alle Mitglieder der SVP-Familie gesund sind und dies auch weiterhin bleiben.
Das Jahr 2020 begann in der Schweiz noch ganz normal. Die Medien berichteten zwar vom Coronavirus in China, aber das war noch weit weg. Spätestens aber am Freitag, dem 28. Februar 2020, veränderte sich die Schweiz und unsere Gesellschaft ebenso drastisch,

wie nachhaltig. Was zuvor undenkbar war, wurde plötzlich Realität. Das Alltagsleben begann sich massiv zu verlangsamen und steht nun fast gänzlich still. Nichts ist mehr wie zuvor und noch vor kurzem als selbstverständlich empfundene Möglichkeiten und Freiheiten wurden massiv eingeschränkt. Diese Entwicklung zeigt deutlich wie auch schmerzhaft auf, wie stark wir uns mittlerweile in eine Abhängigkeit vom Ausland begeben haben und was für gravierende Folgen das für unser Land haben kann: Die Herstellung von wichtigen Versorgungsgütern wie Medikamenten und Schutzmaterialien, wurde aus der Schweiz ausgelagert und es wurde völlig blauäugig darauf vertraut, dass diese bei Bedarf jederzeit und in beliebiger Menge importiert werden können. Auch elementare Vorsichtsmassnahmen, wie das Anlegen von Vorräten und Reserven, wurden zum Teil sträflich vernachlässigt: Pflichtlager des Bundes wurden leichtfertig aufgelöst, und wer in vorsichtiger Weise vorausdachte und stets einen Grundstock der wichtigsten Nahrungsmittel im Hause hatte, wurde bestenfalls belächelt. Unsere Armee, die jetzt so

wertvolle Dienste zur Unterstützung der Spitäler leistet, wurde immer häufiger als überflüssig bezeichnet, geringgeschätzt und von linker Seite sogar offen angefeindet.
Sehr bedenklich ist auch, wie sich das Ausland – darunter unsere oft genannten Freunde, wie Deutschland und Frankreich – in einer Krise gegenüber der Schweiz verhält: So wurde dringend benötigtes Schutzmaterial zurückgehalten, oder gar beschlagnahmt, und es wurde angedroht, den hier seit vielen Jahren arbeitenden Grenzgängern die Ausreise aus ihrem Land zu verbieten, was gerade für unser Gesundheitssystem drastische Folgen hätte. Die grossen internationalen Organisationen unterstreichen derweilen weiterhin ihre Schwerfälligkeit und ihre Unfähigkeit, koordinierte Entscheidungen zu fällen und umzusetzen. Die Weltgesundheitsorganisation WHO beschränkt sich weitestgehend auf die Abgabe von unverbindlichen Empfehlungen und die Anleitung zum korrekten Händewaschen. Die Europäische Union ist überhaupt nicht präsent und überlässt die Lösung der Probleme stattdessen ihren einzelnen Mitgliedstaaten, genauso wie

sie dies bereits während der Flüchtlingskrise im Jahr 2015 getan hatte.

Trotz aller Schwierigkeiten, mit denen wir gegenwärtig zu kämpfen haben: Wir dürfen nicht vergessen, dass noch deutlich schlimmere Situationen vorstellbar sind. So hat die aktuelle Lage zum Glück keine grösseren Versorgungsdefizite bei den Lebensmitteln ausgelöst. Auch der Strommarkt war nicht betroffen. Man mag sich gar nicht vorstellen, wie sich wohl unsere vermeintlichen ausländischen Partner verhalten würden, wenn Essen und Strom plötzlich knapp werden. Für die Schweiz als Binnenland mit einer seit Jahren vorangetriebenen Vernachlässigung der inländischen Produktion wichtigster Güter bei gleichzeitig von gewissen Kreisen geförderter starker Zuwanderung von Menschen, ist dies ein echtes Horrorszenario!

Die aktuelle Krise macht daher deutlich, dass unsere Werte wichtiger sind als je zuvor:

- Wir wollen selbstständig und frei sein.
- Wir müssen unsere Landesversorgung wieder aufwerten und dürfen uns nicht in diesem Ausmass vom Ausland abhängig machen. Dies betrifft die Produktion von Lebensmitteln und somit die Landwirtschaft, die Erzeugung von Strom sowie die produzierende Industrie, darunter insbesondere die Pharmabranche.

– Wir müssen Sorge tragen zu unseren KMU und auch den Verkauf von Grosskonzernen ins Ausland verhindern.

– Wir machen uns stark für einen guten Bevölkerungsschutz und eine gut ausgerüstete, einsatzbereite Armee.

Am 16. April 2020 hat der Bundesrat nun über den beginnenden Ausstieg aus dem sogenannten «Lockdown» informiert. Leider wurden dabei völlig willkürliche Entscheidungen getroffen und so ungleiche Spiesse für die Unternehmen geschaffen. Anstatt die Eigenverantwortung und den Schutz von besonders gefährdeten Personengruppen etwa durch die Bereitstellung von genügend Schutzmasken zu fördern, beschränkt sich die Regierung weiterhin einzig auf den Erlass von rigiden Verboten. Selbst bei den nun dringend notwendigen Lockerungen werden nicht etwa nachvollziehbare Schutzmassnahmen verlangt, sondern konfuse Pauschallösungen verordnet: Weshalb darf etwa ein Grossist seinen Laden mit Personenkontingenten weiterbetreiben, während der klassische Detailhändler, welcher gerade um seine Existenz kämpft, seine Türen nach wie vor staatlich verordnet geschlossen halten muss?

Bekannterweise musste die Generalversammlung der SVP Baselland vom 2. April 2020 aufgrund der gegenwärtigen Lage abgesagt werden. Nach aktueller Beurteilung wird der Parteitag im August jedoch dazu genutzt, diese nachzuholen. Die Partei wird von den bestehenden Leitungsmitgliedern weitergeführt und wir haben uns auch technisch rasch den neuen Gegebenheiten angepasst, um auch während solch ausserordentlichen Situationen entscheidungs- und handlungsfähig zu bleiben. Die Abstimmung über unsere Begrenzungsinitiative wurde ebenfalls von Mai auf September verlegt. Ich denke, dass sich die Ausgangslage für den Erfolg dieser Initiative wegen den offenkundig gewordenen Missständen während dieser Notlage klar verbessert hat: Viele Schweizerinnen und Schweizer haben hautnah erlebt, was für Unterlassungssünden in den letzten Jahren begangen wurden. Die SVP wird nach der Coronakrise auf allen Ebenen eine saubere und lückenlose Aufarbeitung fordern! Denn gerade bei meinem Handwerk, dem Feuerwehrwesen, gilt die Devise «nach dem Einsatz ist vor dem Einsatz»: Es muss alles Erdenkliche unternommen werden, dass wir bei einer nächsten Krise besser vorbereitet sind und diese nicht zu einem derart hohen wirtschaftlichen Preis überwinden müssen!

Ich wünsche allen weiterhin beste Gesundheit und freue mich auf ein baldiges Wiedersehen.



Dominik Straumann
Kantonalpräsident SVP BL

Zu viel ist zu viel!

- **Keine 10-Millionen-Schweiz!**
- **Schutz der Sozialwerke vor Plünderung**
- **Wir Schweizer bestimmen, wer in unser Land kommt!**



JA+ zur **massvollen Zuwanderung**

Zuwanderung eigenständig steuern – Ein Gebot der Stunde



Sandra Sollberger
Nationalrätin SVP Baselland

Es ist kaum mehr zu glauben und wir mögen uns vielleicht fast nicht mehr erinnern. Seit der Corona-Krise sind die Züge und Bahnhöfe fast ausgestorben. Die Strassen sind leer. Einkaufszentren und Schulen sind geschlossen. Plötzlich hat es überall Platz und niemand kommt einem in die Quere. Es wird aber rasch gehen und die Erinnerungen an überfüllte Zugwaggons und verstopfte Strassen werden zurückkehren, wenn wir es wieder jeden Tag erleben. Vielleicht schon vor, oder dann spätestens nach den Sommerferien, stossen die Infrastrukturen wieder an ihre Grenzen, insbesondere wenn man weiterhin einen

gewissen Abstand wahren soll. Dann wird die Zuwanderungsfrage wieder Alltag und wir werden darüber diskutieren müssen, wie viel Einwanderung unser Land erträgt und welches Mass an Migration noch gesund ist.

Wir haben wegen der freien und unkontrollierten Zuwanderung in den letzten Jahren ein riesiges Bevölkerungswachstum erlebt. Das geht nicht spurlos an unserer Gesellschaft vorbei. Irgendwo wohnen und arbeiten diese Menschen. Sie bewegen sich und reisen herum. Eine Million Personen sind seit 13 Jahren so in die Schweiz gekommen. Das bedeutet Zersiedlung und noch mehr Städtewachstum. Die Ballungsgebiete werden immer grösser und verstopfter. Es bedeutet aber auch mehr Druck auf dem Arbeitsmarkt. Ausländer sind oft günstiger. Dies bekommen Studienabgänger genauso zu spüren wie Bützer. Es trifft aber vor allem auch die Generation Ü50, die stark von diesem Verdrängungskampf betroffen ist.

Die Corona-Krise wird diese Frage noch mehr befeuern. Wenn wir in der Schweiz, aber auch im nahen Ausland eine neue Arbeitslosenwelle erwarten müssen, Firmen Konkurs machen und die Wirtschaft ins Stocken gerät, dann hat natürlich der freie Personenverkehr eine verheerende Wirkung. Denn der Schweiz geht es immer noch relativ gut.

Wir haben sehr grosszügig ausgebaute soziale Absicherungen. Unsere Wirtschaft ist wegen dem guten Ausgleich zwischen Grossfirmen und KMU sehr robust gegen Krisen aufgestellt. Trotzdem könnte es auch bei uns sehr harzig werden. Aber dank der sehr zurückhaltenden und ausgeglichenen Finanzpolitik der letzten Jahre können wir der Wirtschaft rasch und gezielt unter die Arme greifen. Das lässt mich hoffen, dass wir die Krise meistern können. Das führt aber zu einem noch grösseren Gefälle zwischen uns und anderen EU-Ländern. Dann dürfen wir die Zuwanderung nicht erneut unkontrolliert laufenlassen.

Denn das hat die Corona-Zeit auch gezeigt: Im Notfall schaut jeder für sich. In Europa hat man zwar aus ideologischer Verblendung und weil man Parteien, die für strengere Grenzkontrollen entstehen, nicht recht geben wollte, zu lange die Grenzen einfach offengelassen. Aber dennoch hat sich gerade in dieser Situation am Schluss gezeigt, wie wichtig Grenzen sind, wie wichtig eine kontrollierte Zuwanderung ist. Die Nachteile der Personenfreizügigkeit wurden zu lange nicht ernst genommen. Jetzt wird man darüber reden müssen, wie es weitergeht. Die Lösung der SVP heisst, eigenständige Steuerung der Grenzen und eine massvolle Einwanderung.

Begrenzungs-Initiative

www.begrenzungsinitiative.ch

JA  **zur massvollen Zuwanderung**



Jetzt spenden und eine koordinierte Kampagne im Baselbiet unterstützen!

SVP BL | IBAN: CH49 0900 0000 4001 2562 2

Der Vorhang fällt

Adrian Billerbeck
Fraktionspräsident SVP Reinach

Geschätzte Leserschaft, liebe Andersgeschlechtliche, um politisch auch korrekt zu sein. Aktuell werden wir tagtäglich mit dem Thema des Corona-Virus konfrontiert. Auch die Schweiz wurde nicht verschont und hat tausende Erkrankte und hunderte Tote zu beklagen. Nebst all den menschlichen Schicksalen im gesundheitlichen Bereich, sind auch etliche Menschen wirtschaftlich sehr stark davon betroffen. Im Vergleich zu anderen Ländern steht die Schweiz dank der schon seit Jahren betriebenen Finanzpolitik besser da, als manche meinten. Die zügig gesprochenen Geldsummen, welche in Zusammenarbeit mit den Banken zur Verfügung stehen, erfüllen hoffentlich ihr Ziel und helfen vor allem den Selbstständigerwerbenden und KMU-Betrieben, diese Krise zu überstehen. Wie lange die Corona-Krise dauert, kann freilich niemand sagen.

Die derzeitige Krise macht sehr leicht sichtbar, wie verwundbar unsere Wohlstandsgesellschaft im Westen geworden ist. Menschen wie auch die Wirtschaft kämpfen um ihr Überleben. Die Klimahysterie, Genderpolitik und sonstige teure Forderungen sind wie verschwunden. Die von linker Seite so verhasste Armee wurde sogar von Basel-Stadt zu Hilfe gerufen. Von den Grünen und der SP hört man seit Wochen keinen Ton mehr. Was will man auch anderes erwarten? Das Corona-Virus lässt sich nicht an eine Frauenquote binden, mit dem Klima hat es nichts zu tun und ein Geschlecht, welches man in endlosen Genderdiskussionen definieren könnte, hat das Virus auch nicht und einer rechten Politik kann man es leider auch nicht zuordnen. Von Flüchtlingen wurde schon seit Wochen nicht mehr gesprochen. Nein, jetzt geht es einzig und alleine um die gegenseitige Hilfe für die hier lebenden Menschen und auch

die lebenswichtige Wirtschaft. Da sind realistische und unkomplizierte Lösungen gesucht. Teure und utopische linke Politik ist jetzt nicht gefragt.

Auch das Wohlstandsprojekt Europäische Union stösst wahrlich an seine Grenzen, indem praktisch jedes Land seine Grenzen plötzlich schloss. In der so hoch gehaltenen Staatengemeinschaft schaut in Zeiten der Not jeder Staat nur noch für sich. Die Krise wird in den einzelnen Ländern auch ganz unterschiedlich aufgenommen, unabhängig davon, wie unterschiedlich einzelne Länder davon betroffen sind. Es stimmt einen traurig und schockiert zugleich, wie Italien und Spanien alleine das explodierende Virus zu bekämpfen versuchen. Die menschlichen Verluste sind schrecklich. Hilfe für Italien kommt aber nicht von der EU, nein, sie kommt aus China und Kuba. Zwei Länder, die mit der EU so ziemlich gar nichts zu tun haben. Sogar das Nicht-EU-Land Schweiz hilft seinen Nachbarn, indem es Patienten zu sich aufnimmt und pflegt.

Wie die EU mitsamt dem Euro nach der Krise aussieht, werden wir zu einem späteren Zeitpunkt sehen. Fakt ist, dass es kein Ruhmesblatt in der Geschichte der EU ist und massive Schäden zur Folge haben wird.

In Zeiten einer solchen Krise fällt der Vorhang bei so manchen Dingen und es kommt die nackte Tatsache zum Vorschein. Unsere Gesellschaft zerbricht fast an solchen Aufgaben und verhält sich angesichts der Hamsterkäufe und der Nichtbefolgung von Anordnungen teilweise sehr unsolidarisch und egoistisch. Die vielen Werte, welche die Schweiz ausmachen, sind verschwommener geworden. Möglich, dass es da ein Gefälle zwischen älteren und jüngeren Generationen, oder Stadt versus Land gibt. Es kann aber auch ganz einfach die zu oft gelebte Übertoleranz sein, deren Auswüchse

jetzt sichtbar werden. Nicht bewilligte Demonstrationen, welche man gewähren lässt, Fussballhooligans, die einfach wieder auf freien Fuss gesetzt werden. Das Nicht-Befolgen von Vorschriften oder Anordnungen, wird schon sehr früh vermittelt. Das beste Beispiel ist die 4.5 Tagewoche in der Schule, weil ja der Freitagnachmittag für den Schulstreik genutzt und dies auch akzeptiert wird. Dieses egoistische und sehr Ich-bezogene Denken und Verhalten betrifft mittlerweile leider alle Generationen. Ja, in einer solchen Krise wie sie jetzt vorhanden ist, fällt der Vorhang und es wird das ersichtlich, was der überbordende Wohlstand verdeckt hat.

Was wird nach der Corona-Krise bleiben? Der Mensch als unbelehrbares Wesen wird sich ein paar Monate daran erinnern und dann geht das globale sorglose Treiben schneller weiter, als vor der Krise. Das ist ein Szenario. Wünschenswert wäre, dass man sich seiner Verletzlichkeit bewusst ist, dass man sich gegenseitig helfen muss und auf andere Rücksicht nimmt. Gleichzeitig aber sollte ein starkes Selbstbewusstsein vorhanden sein, um seine wohlüberlegte Position vertreten zu können. Dies betrifft vor allem die Schweiz und deren Vertreter, welche mit der EU verhandeln müssen. Wie viel Wert die EU hat, ist jetzt ersichtlich. Das Fazit ist ernüchternd und gleichzeitig auch ermutigend. Überall wo ein Vorhang fällt, geht auch wieder ein Vorhang auf. Es ist zu hoffen, dass die Schweiz mit neuem Selbstbewusstsein aus dieser Krise hervorgeht und die auch noch in den Folgejahren zu spürenden wirtschaftlichen Folgen in einer überlegten und gesunden Strategie wieder nachhaltig aufholt.

Bleiben Sie bitte gesund und verlieren Sie nicht die Hoffnung, ein neuer Vorhang wird wieder aufgehen.

Corona – Wie kommen wir da wieder raus?



Von Hanspeter Weibel, Landrat

Bei der Diskussion um Corona höre ich immer wieder die Entgegnung: «Aber Politiker sind ja keine Fachleute, Virologen oder Ärzte!» Ja, wir sind auch nicht alles Juristen, Baufachleute, Landwirtschaftsspezialisten usw. und trotzdem müssen sich Politiker immer und zu jedem Thema eine Meinung bilden können, die letztendlich in einem einfachen Ja oder Nein zu einer Vorlage endet. Das erfordert, dass man sich intensiv mit einzelnen Themen auseinandersetzt, das Für und Wider abwägt und auch einmal zu einer Haltung kommt, die vom Mainstream abweicht.

Im freiwilligen Hausarrest hatte ich viel Zeit, mich mit diesem Thema auseinanderzusetzen, Gespräche zu führen und abzuwägen. Sie bekommen hier deshalb eine ganz persönliche Sicht – meine Sicht präsentiert:

1. Behördenversagen

Ich stelle fest, dass unsere Behörden versagt haben; es fehlt an Vorsorge, an medizinischem Material (Schutzmaterial für das Gesundheitswesen, Schutzmasken für die Bevölkerung, Desinfektionsmittel, Medikamente etc.), an organisatorischen Vorgaben und dies obwohl wir entsprechende Bundesämter mit definierten Aufgaben haben. Epidemiegesetz und Pandemieplan genügen offensichtlich ebenso wenig wie die Kontrollen der darin enthaltenen Vorgaben. Grenzschiessungen erfolgten (aus politischen Gründen) viel zu

spät. Die Hotspots mit den höchsten Ansteckungsraten sind denn auch dort, wo wir die meisten Grenzgänger haben. So hat das Tessin noch wochenlang 70'000 Grenzgänger jeden Abend in die bereits bekannte Hochrisikoregion Norditalien ausreisen und am nächsten Tag wieder einreisen lassen. Noch jetzt werden einreisende Personen in die Schweiz nicht in Quarantäne geschickt.

2. Medienversagen

Die grossen Medienhäuser haben immer schön brav, unkritisch und z.T. lobhudelnd berichtet. Es wurden nicht verifizierte oder hinterfragte Zahlen wiedergegeben und man hat es dem Leser, Zuhörer oder Zuschauer überlassen, diese Zahlen einzuordnen. In erster Linie hat man Angst geschürt im Wissen darum, dass Bürger, welche Angst haben, gehorsame Bürger sind.

3. Wirtschaft

Kaum war der Lockdown beschlossen, haben bereits nach wenigen Tagen sogenannte Unternehmer geklagt, dass sie weder Löhne noch sonstige Ausgaben zahlen könnten. Umsichtiges «Unternehmen» schliesst auch ein Minimum an Vorsorge ein. Wer ohne Einnahmen nicht wenigstens einen Monat durchsteht, wackelt nicht nur in einer Corona-Krise. Aber wie auch immer. Der Bund und auch einige Kantone haben in kürzester Zeit immense Summen bereitgestellt. Z.T. als nicht rückzahlpflichtige Unterstützungsleistungen, z.T. als weitgehend zinsfreie Darlehen. Wir werden in 2–3 Jahren wissen, wie notwendig und nachhaltig dies war und wieviel von dem Geld abgeschrieben werden muss. Dass damit nicht alle Probleme der Wirtschaft gelöst werden konnten, sollte allen klar sein. Indirekt Betroffene sind besonders enttäuscht.

Der Bund hat u.a. folgende Soforthilfen beschlossen:

- Bis 500'000 Franken zinslos, vom Bund garantierte Kredite für Unternehmen. Darüber hinaus Kredite für 0,5 Prozent Zins.
- 120 zusätzliche Tagelder für Arbeitslose.

– die Bewilligungsdauer von Kurzarbeit wurde von 3 auf 6 Monate verlängert. Der Kanton Baselland hat dazu in Ergänzung folgendes beschlossen:

- Unternehmen in Kurzarbeit und Selbstständigerwerbende, die von der Krise betroffen sind, erhalten nicht rückzahlbare Soforthilfen in Höhe von 7'500 Franken sowie 250 Franken pro Mitarbeiter (maximal 10'000 Franken).
- In Ergänzung zu den Kreditgarantien des Bundes bürgt der Kanton subsidiär für Überbrückungskredite (max. 50'000 Franken, Laufzeit 2 Jahre, 0% Zins) von Banken an Baselbieter Unternehmen.
- Lehrbetriebe, die sich in Kurzarbeit befinden, werden mit einem Pauschalbetrag von Fr. 450.– pro Lernenden unterstützt.
- 4 Mio. Franken an Ausfallentschädigungen und Darlehen für Kulturunternehmen und Kulturschaffende (zusätzlich zur gleichen Summe vom Bund).

4. Positiv

Doch es gibt durchaus auch Positives zu berichten. Der Vollstopp, wenn auch zeitlich zu spät, hat gewirkt; die befürchtete Überlastung des Gesundheitswesens (das war ja das Ziel des Lockdown) hat nicht stattgefunden. Im Gegenteil: Spitäler, Ärzte und weitere Akteure des Gesundheitswesens mussten Kurzarbeit beantragen, weil sie ihre reguläre Arbeit nicht leisten durften. Die Bevölkerung hat weitgehend mitgemacht. Die Anzahl polizeilicher Ermahnungen muss im Gesamtkontext als «bescheiden» betrachtet werden. Etliche Unternehmer haben Innovatives geleistet. Diejenigen, die weiterhin gearbeitet haben, sei es im Gesundheitswesen, im Lebensmittelgeschäft, in Betrieben der Grundversorgung, im ÖV (ja, weitgehend leer) usw. leisten einen grundlegend wichtigen Beitrag.

5. Ausblick

Ich bin überzeugt, dass die Schweiz die medizinische Krise gut meistern wird. Mit gezielten Lockerungen und einer konsequenten Umsetzung der weiterhin gültigen Hygiene- und Abstandsregeln.

- Insbesondere Risikopersonen (Vorerkrankungen und/oder über 65 Jahre alt) sollen zu Hause bleiben, sich durch Dritte versorgen lassen und persönliche Kontakte meiden. Wer die Besorgungen nicht durch Familienangehörige oder Freunde machen lassen kann, findet mittlerweile viele Angebote (z.B. Pro Senectute).
- Alters- und Pflegeheime sollen besser geschützt werden (Quarantäne auch für das Personal).
- Konsequentes Testen der Bevölkerung auf Covid-19 und Antikörper, so dass immunisierte Personen wieder ungehindert am (Wirtschafts-)Leben teilnehmen können.
- Transparente und nachvollziehbare Information; Hoffnung und nicht Angst machen soll dominieren.

Zudem stimmt zuversichtlich, dass weltweit nach Medikamenten zur Behandlung und Impfstoffen zur Immunisierung geforscht wird.

Nicht unterschätzt werden dürfen die Risiken und Nebenwirkungen der staatlichen Massnahmen auf die Wirtschaft und die Staatsfinanzen. Wie einschneidend die Folgen der Corona-Krise am Ende sein werden, hängt auch davon ab, wie lange das Virus präsent bleibt, denn eines liegt auf der Hand: wer noch nicht immun ist, bleibt gefährdet. Solange

nicht mindestens die Hälfte der Bevölkerung «durchgeseucht» ist, sind neue Ansteckungswellen möglich. Der BR ist aufgefordert, jetzt bereits alles sorgfältig zu planen, so dass dann nicht wieder eine nicht nachvollziehbare Kakophonie von Notrechtsmassnahmen notwendig ist.

6. Aktuell*: Der Bundesrat hat am 16.4.2020 lang erwartete Lockerungen beschlossen und bekannt gegeben:

- Die Schweiz will die einschneidenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft zur Eindämmung der Coronavirus-Pandemie schrittweise lockern.
- **Ab dem 27. April** dürfen Baumärkte, Gartencenter, Blumenläden und Gärtnereien wieder öffnen. Zudem könnten medizinische Praxen sowie Friseur-, Massage- und Kosmetikstudios ihren Betrieb wieder aufnehmen.
- Wenn es die allgemeine Lage zulasse, könnten Grundschulen und Läden am **11. Mai** wieder öffnen.
- **Am 8. Juni** seien dann Mittel-, Berufs- und Hochschulen sowie Museen, Zoos und Bibliotheken an der Reihe.

Zwischen den einzelnen Etappen liegen mindestens zwei Wochen, um die Auswirkungen auf die Fallzahlen beobachten und nötigenfalls reagieren zu können.

Der erste Schritt der Lockerung wirkt allerdings willkürlich, es entsteht der Eindruck, bei der Definition habe nicht die gesundheitliche Gefährdung im Vordergrund gestanden: Ausgerechnet Betriebe mit personenbezogenen Dienstleistungen, bei welchen ein enger Körperkontakt unausweichlich ist (z.B. Coiffeure, Tattoo- und Kosmetikstudios), dürfen öffnen, während kleine Läden, wo die Abstandsregeln problemlos eingehalten werden könnten, dies nicht dürfen? Bei solch unverständlichen Regelungen darf man sich nicht wundern, wenn ausgeschlossene Gewerbetreibende protestieren und die Akzeptanz der Massnahmen nachlässt.

Bezeichnenderweise hat sich der Bundesrat zu allfälligen Grenzöffnungen gar nicht geäussert. Diese Krise hat gezeigt, dass die EU ein Schönwetter-Konstrukt ist. Konnte man bei der Flüchtlingskrise 2015 nicht einmal Schengen-Dublin Regeln einhalten, wurden jetzt sogar innerstaatliche Grenzen (Deutschland: Mecklenburg-Vorpommern lässt grüssen, und auch die Tessiner wollten lieber den Gotthard als ihre Grenze zu Italien schliessen) hochgezogen. Auch hier zeigt sich, wie richtig und wichtig die Begrenzungsinitiative ist.

* Redaktionsschluss für diesen Beitrag war der 20.4.20

Schon wieder im Stau!



Zu viel ist zu viel!



www.begrenzungsinitiative.ch

JA+
zur Begrenzungs-
Initiative

Das neue Sozialhilfegesetz Basel-Land: Kosten senken und Qualität steigern



Von Reto Tschudin
Landrat SVP Lausen

Vor beinahe zwei Jahren hat Peter Riebli mit seiner Motion zur Änderung des Sozialhilfewesens den Anstoss zur Revision des Sozialhilfegesetzes gegeben. Nach den ersten heftigen und meines Erachtens ungerechtfertigten Diskussionen zum Thema, wurde eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aller politischen Richtungen gebildet. Nun liegt ein revidiertes Sozialhilfegesetz, welches sämtliche durch den Landrat überwiesene Gesetzesänderungsaufträge beinhaltet, vor. Obwohl eine grosse Anzahl linker Politiker und Politikerinnen sowie diverse Vertretende von Sozialinstitutionen bei der Schaffung der Vorlage involviert waren, wird diese neue Version insbesondere von der SP bereits wieder heftig kritisiert und verunglimpft. Mit Falschaussagen wird der Eindruck erweckt, es handle sich bei der Revision um eine allgemeine Kürzung der Sozialhilfeleistungen und alle Bezüger würden über einen Leisten geschlagen. Gerne berichte ich Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser, in objektiver Weise, was das neue Sozialhilfegesetz mit sich bringt und was nicht und weshalb es sich fürs Baselbiet lohnt, sich mit der neuen Vorlage auseinander zu setzen, statt sie von Beginn weg und auf Grund falscher Annahmen abzulehnen.

Vorweg ist das Gerücht, die Sozialhilfe werde pauschal um 30% gekürzt, klar zu entkräften. Für rund 52% der Sozialhilfebezüger bleibt die Bezugssumme nämlich unverändert, für rund 20% steigt sie sogar an und lediglich ca. 6% sind von einer Reduktion betroffen. Diese Minderheit hat sich diesen Umstand jedoch selbst zuzuschreiben, bedingt die «ordentliche» Auszahlung doch die blossе Mitwirkung der Gesuchstellenden und nicht – wie teilweise behauptet – das Erbringen eines Motivationsbeweises. Auch zielt die Aussage, «es würden alle über einen Leisten geschlagen», klar ins Leere. Genau das Gegenteil wird der Fall sein! Jene Personen, die ihren Pflichten nachkommen, profitieren mehr vom System als jene, die sich nicht engagieren. Repressionen bzw. Einschränkungen betreffen diejenigen, die sich um nichts kümmern und nicht mit den Behörden kooperieren wollen. Dass dies unfair sein sollte, muss mir zuerst jemand erklären. Mir scheint, dass genau dieser Punkt dazu führt, dass nicht mehr alle Bezüger über denselben Leisten geschlagen werden und somit die kooperativen bessergestellt werden als die renitenten. Zudem ist auch geregelt, dass besonders schutzbedürftige Personen wie Kinder und Alleinerziehende, keine besonderen, respektive neuen Anforderungen erfüllen müssen, um in den Genuss von Sozialhilfeleistungen zu kommen. Auch dieses Vorurteil ist also falsch und wird nicht richtiger, wenn es von den linken und diversen, sich selber als «sozial» bezeichnenden Institutionen immer wieder behauptet wird. Mit dem neuen Assessmentcenter wird der Kanton zudem mehr Verantwortung bei der Betreuung und bei den notwendigen Abklärungen übernehmen. Dies wiederum entlastet die Gemeinden und soll dazu führen, dass mehr Sozialhilfeempfänger wieder in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können. Jene Gemeinden, die bereits heute gute Arbeit in dem Bereich leisten, können diese wie gewohnt weiterführen, haben aber sodann die Möglichkeit, die besonders kniffligen Fälle an die Assessment-

center abzutreten. Dass diese Massnahmen notwendig sind, erkennt man bereits mit einem kurzen Blick auf die Statistik. Seit 2014 sind die Kosten der Sozialhilfe um 23% gestiegen und die Fallzahlen haben in den letzten 10 Jahren um 53% zugenommen. Auch ist traurige Realität, dass die Bezugsdauer immer weiter angestiegen ist und bereits 2018 jeder vierte Bezüger länger als 4 Jahre sozialhilfeabhängig geblieben ist. Studien belegen, dass die Chance, Arbeit zu finden, nach zwei Bezugsjahren drastisch sinkt und viele der Personen, die bis dahin keine neue Arbeit gefunden haben, für sehr lange Zeit sozialhilfeabhängig bleiben. Das Assessmentcenter möchte genau diesen Personen helfen, wieder Arbeit zu finden und damit gleichzeitig die Kosten für die Allgemeinheit zu senken. Auch soll es damit besser möglich werden, renitente Bezüger und Bezügerinnen zu erkennen und sie, sofern sie sich nicht motivieren lassen, mit den entsprechenden Kürzungen zu bedienen. Das neue Sozialhilfegesetz unterstützt diese Bestrebungen mit einem Anreizsystem in positiver Weise und ist deshalb auf keinen Fall unfair. Viel eher bringt es endlich den nötigen Anreiz für renitente Sozialhilfeempfänger, nicht dauerhaft von dieser zu leben. Es ist leider Tatsache, dass sich im heutigen System nebst jenen, die wirklich auf die Sozialhilfe angewiesen sind, auch solche tummeln, die einfach ganz gut davon leben, ohne arbeiten zu müssen. Diesen Missstand gilt es zu korrigieren. Deshalb wird sich die SVP für die Gesetzesrevision einsetzen und zählt auf Ihre Unterstützung. Ich freue mich, Ihnen alsbald wieder davon berichten zu dürfen und hoffe, wir bestreiten gemeinsam und erfolgreich den kommenden Wahlkampf.

Nun bleibt mir noch, Ihnen in dieser ungewissen Zeit alles Gute und beste Gesundheit zu wünschen. Hoffen wir, dass wir bald wieder zur Normalsituation zurückkehren können und wir uns am kommenden «SVP by de Lüt», oder einem anderen Anlass, wieder persönlich austauschen können. Bleiben Sie gesund!

KV-Lehre: Ist das Schulfach «Französisch» bald passé?



Von Caroline Schmid
Bildungsrätin BL
Schulrätin Gymnasium Muttenz

Die Reform der kaufmännischen Grundbildung «Kaufleute 2022» – unsere beliebte KV-Lehre – strebt eine Modernisierung der Ausbildung an. In Zeiten, in denen sich viele Berufstätigkeiten aufgrund von Digitalisierung und Automatisierung komplett verändern und neue Herausforderungen an die Berufsleute stellen, ist es wichtig, dass die Bildung nicht stehenbleibt. Ich begrüsse es sehr, wenn Bildungsinstitutionen mit dem Zeitgeist des Wirtschaftswandels gehen! Schülerinnen und Schüler, Erziehungsberechtigte und Arbeitgeber wünschen sich, dass sich unsere zukünftigen Berufsleute bestmöglich auf die Berufswelt vorbereiten.

Doch die im Rahmen dieser Neuausrichtung gewagte Überlegung, in der klassischen dreijährigen KV-Lehre (E-Profil) nur noch eine Fremdsprache zu unterrichten, anstatt wie bis anhin zwei Fremdsprachen, macht mich doch sehr stutzig. Ist dies modern? Gehen wir da wirklich mit dem Zeitgeist und können wir folglich von unseren angehenden Kaufleuten zukünftig nicht mehr erwarten, dass sie sich während ihrer Lehre mit zwei Fremdsprachen auseinandersetzen müssen?

Als ehemalige Leiterin der Nachwuchsentwicklung von über hundert Lernen-

den in der KV-Branche kann ich mir vorstellen, dass die Möglichkeit einer Abwahl des Fachs Französisch sehr zur Freude vieler KV-Lernenden ist. Das vielseitig unbeliebte Fach Französisch kann auf den Status «freiwilliges Wahlfach» gesetzt werden und man kann sich voll und ganz auf das Fach Englisch konzentrieren.

- Englisch – die Weltsprache.
- Englisch – das einen hohen Status bei den Jugendlichen geniesst.
- Englisch – das die Titel vieler Berufsbezeichnungen noch blumiger umschreibt, obwohl in deren Arbeitsumfeld alle deutsch miteinander sprechen. Der Kommunikationsverantwortliche ist nun neu der «Head of Corporate Communications», klingt doch bedeutender, gewichtiger oder etwa nicht?

Laut Entwurf der neuen Verordnung bestimmt zwar der Lehrbetrieb, welche Sprache der Lernende zu wählen hat. Ich kann mir bei diesem Szenario gut vorstellen, dass viele – allen voran die international tätigen – Lehrbetriebe auf das Fach Englisch setzen werden und sie werden für ihren Entscheid auch gute und nachvollziehbare Gründe haben. Es geht nicht darum, dass sich zwei Fremdsprachen in der kaufmännischen Lehre konkurrenzieren sollen. Objektiv betrachtet ist die Sprache Englisch «gewinnbringender», da diese praktisch überall zum Einsatz kommen kann. Beim Französisch aber handelt es sich um eine unserer LAN-DESsprachen. Eine zweite Landes-

sprache zu lernen, sollte viel mehr beinhalten als das «Büffeln von Wörtli». Wir setzen uns mit der Kultur unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger aus der Westschweiz auseinander. Viele Länder beneiden uns um unsere Sprachen- und Kulturvielfalt – in der doch so kleinen Schweiz! Auch beim Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz ist man skeptisch gegenüber der Reform, da es auch ein Angriff auf die Landessprachen sei, für diese sich der Dachverband mit grossem Engagement einsetze.

Ich bin der Meinung, dass wir auch zukünftig bei unseren angehenden Kaufleuten Kenntnisse in zwei Fremdsprachen – Englisch wie auch Französisch – voraussetzen dürfen.

Früher galt es noch zum guten Ton, einen Sprachenaufenthalt in der Westschweiz (das sogenannte Welschlandjahr) zu absolvieren, heute weicht dieser meist einem Aufenthalt im englisch- oder spanischsprachigen Raum. Es freut mich somit umso mehr, dass beispielsweise das Gymnasium Laufenfental-Thierstein zusammen mit dem Lycée in Porrentruy seit 2012 eine bilinguale Matura anbietet und so den Austausch zwischen zwei nahe gelegenen Sprachregionen fördert. Das freiwillige Angebot erfreut sich einer beachtlichen Schülerzahl, die sich dieser zusätzlichen Herausforderung stellt. Die Muttersprache unserer «Romands» sollte uns nicht komplett fremd werden, denn diese gehört zu unserer Schweizer Kultur wie «der Cervelat zum Waldfescht». Tragen wir Sorge dazu!

Begrenzungs-Initiative

www.begrenzungsinitiative.ch



zur
**massvollen
Zuwanderung**



Jetzt spenden und eine koordinierte Kampagne im Baselbiet unterstützen!
SVP BL | IBAN: CH49 0900 0000 4001 2562 2

Mit der grossen Kelle in Richtung Ruin



Von Matthias Ritter, Diegten
Landrat SVP

Wenn man dem Chaos, das das Coronavirus in der Schweiz bislang angerichtet hat, etwas Positives abgewinnen möchte, ist es am ehesten die grosse Solidarität in der Bevölkerung. Man geht für die Nachbarschaft einkaufen, sucht in gebührender Distanz den Kontakt zu bislang eher unbekannten Personen und bemüht sich, das lokale und regionale Gewerbe und die Gastronomie in den Bereichen des Möglichen zu berücksichtigen. Verschiedene Gemeinderäte und Verwaltungen haben

unbürokratisch und unkompliziert Hilfeleistungen und Netzwerke auf die Beine gestellt, um die Einwohnerinnen und Einwohner zu vereinen.

Auch auf politischer Ebene durfte man zu Beginn der Krise einen ausserordentlichen Zusammenhalt erleben: Von links bis rechts stand man geschlossen hinter der Regierung und befolgte und unterstützte die strikten Massnahmen aus Bern und Liestal mit dem einen Ziel, das uns allen so am Herzen liegt: Möglichst schnell wieder zu so etwas wie Normalität zurückkehren.

Zeitgleich mit den ersten Lockerungsmassnahmen des Bundesrates wird nun die Einigkeit zwischen den Politikern aber wieder strapaziert. Oder wie will man etwa Solidarität zu Bundespolitikern zeigen, die trotz des drohenden riesigen Finanzlochs allen Ernstes ihre Sitzungsgelder einfordern? Das zeigt nicht nur auf, wie schamlos und dreist gewisse Politiker sind, sondern auch, welche National- und Ständeräte sich von unserem Milizsystem verabschiedet haben und die Politik als reinen Beruf verstehen. Es gilt, sich diese Damen und Herren im Hinterkopf zu behalten für die nächsten Wahlen.

Aus der gleichen Richtung kommt auch der Vorschlag, der drohenden

Konsumkrise mit Gutscheinen an die Bevölkerung im Wert von mehreren 100 Franken entgegenzuwirken. Einfach mal drauf los verteilt, mit grosser Kelle rein in den Ruin!

Selbstverständlich gilt es, die in ganz kleinen Schritten wieder anlaufende Wirtschaft nach Kräften zu unterstützen. Hierzu benötigt es aber Augenmass und Geschick, das offensichtlich nur von Menschen kommen kann, die auch wissen, wie Geld verdient wird – und die nicht nur blindlings verteilen wollen.

Was den Kanton Basel-Landschaft betrifft, überrascht die kollektive Unterstützungssumme von stattlichen CHF 7'500.00 bis maximal CHF 10'000.00 für Betriebe, die zwingend geschlossen bleiben mussten, respektive müssen. Eine schnelle und unkomplizierte finanzielle Unterstützung ist zwar angezeigt, aber mit einem in dieser Höhe angesetzten Betrag gelangen verschiedene Unternehmen zu Einnahmen, die sie während aktiven Zeiten gar nicht generieren könnten. Hier gilt es, die Giesskanne wegzupacken und mit Augenmass und gleichwohl speditiv Unterstützung zu bieten – was allerdings wohlgemerkt alles andere als eine leichte Aufgabe ist.



Dominik Straumann
Kantonalpräsident SVP BL

Zu viel ist zu viel!

- **Keine 10-Millionen-Schweiz!**
- **Schutz der Sozialwerke vor Plünderung**
- **Wir Schweizer bestimmen, wer in unser Land kommt!**



JA+ zur **massvollen**
Zuwanderung

Gelassenheit, Besonnenheit und Verantwortung im Zeichen des Corona-Virus

Die Werte der SVP aktueller denn je!

Von Peter Sumsander, SVP Birsfelden

In Zeiten, in denen im Minutentakt Neuinfektionen, Behördenmassnahmen, Todesfälle, Fake- und echte News, widersprechende Ratschläge und Verhaltenshinweise usw. auf uns einprasseln, ist guter Rat teuer. Längst haben sich ein mulmiges Gefühl, diffuse Angstzustände und realistische Befürchtungen bei vielen in nackte Angst, oder gar Panik verwandelt. Die sozialen Medien sind übervoll mit mehr oder weniger sinnvollen Beiträgen und Kommentaren. Selbsternannte Experten schlagen sich gegenseitig und dem geneigten Publikum ihr sogenanntes Expertenwissen um die Ohren. Zahllose Scharlatane und Besserwisser verbreiten ihre simplifizierten Ratschläge auf Stammtischniveau.

Viele Menschen sind nicht mehr in der Lage eine unvoreingenommene Haltung zu bewahren. Als Laien sind wir zu einem grossen Teil darauf angewiesen, dass uns Fachleute realistisch und in verständlichen Sätzen mitteilen, was Sache ist. Von unseren Ängsten getrieben sehen wir in allen Aussagen irgendwelche Beweise für, oder gegen eine These. Dem zum Trotz sind Begriffe wie Gelassenheit, Gleichmut, Gemütsruhe

oder innere Ruhe «Betriebszustände» unseres Körpers und Geistes, die wir dringend wiedererlangen, oder falls noch vorhanden, beibehalten müssen. Die Besonnenheit ist die «Schwester» der Gelassenheit; eigentlich sind die beiden eineiige Zwillinge. Von unseren Politikern (aller Couleur) und Beamten erwarte ich sie ebenso, wie von uns allen. Der Verstand soll ihre Entscheidungen, Massnahmen, Statements bestimmen. Je schwieriger sich die Situationen darstellen, desto überlegter, gelassener, souveräner sollte ihr Auftritt sein. Parteigeplänkel, Futterneid und persönliche Ambitionen haben in diesen Zeiten keinen Platz. Was wichtig und dringend für die Allgemeinheit ist, hat Priorität und nicht was die Wiederwahl sichert. Das Volk verlangt Führung und der Kommandant, die Kommandantin auf der Brücke darf kein Zeitgenosse vom Typ des Kapitäns der Costa Concordia sein. Bereits werden von linker Seite Stimmen laut, die ein bedingungsloses Grundeinkommen verlangen. Es ist klar, dass die unschuldig in Not Geratenen die Unterstützung von uns Allen benötigen, aber bitte nicht nach dem Giesskannenprinzip.

Wir tragen Verantwortung für einander. Ich bin darauf angewiesen, dass sich mein Besuch die Hände gründlich wäscht, wenn er zur Tür hereinkommt, ebenso dass er sich abmeldet, wenn er krank ist. Egoisten, die ungefragt und entgegen der Verhaltensratschläge unsere Notfalleinrichtungen missbrauchen, torpedieren zu Ungunsten der wirklich Erkrankten das System. Verantwortung wahrnehmen ist meistens nicht einfach. Oft muss man dazu die eigene Komfortzone verlassen, gegen den Strom schwimmen und den «eigenen Sauhund überwinden». Wer Verantwortung wahrnimmt, wird vielfach als unbequem empfunden, muss Anfeindungen und Ausgrenzung in Kauf nehmen. Damit kennen sich die meisten SVP-Mitglieder aus. Wir sind oft unbequem, schwimmen gegen den Strom und haben dabei doch nur das Wohl der Schweiz und seiner Bürger in Sinn. Unsere Stimme wird in den kommenden Wochen und Monaten umso wichtiger werden. Viele Begehrlichkeiten – berechnete und überzogene – werden in der politischen Agenda auftauchen und verlangen nach Entscheidungen mit Augenmass.

Schon wieder im Stau!



Zu viel ist zu viel!



www.begrenzungsinitiative.ch

JA⁺
zur Begrenzungs-
Initiative

Etwas Positives

Von Sylvie Sumsander
Vizepräsidentin SVP Frauen BL

Können wir dieser ganzen Corona-Zeit auch etwas Positives abgewinnen?

Alles Negative wird seit Monaten tagtäglich überall verbreitet und man kann sich den deprimierenden Nachrichten fast nicht entziehen.

Aber doch, es gibt auch sehr viel Positives, das aus dieser aussergewöhnlichen Zeit hervorgeht:

Das Tempo von allem wurde heruntergefahren, alles läuft etwas gemächlicher; die Menschen haben wieder Zeit. Man ruft Kollegen und Bekannte an, bei denen man sich schon lange einmal melden wollte, aber nie die Zeit dafür fand. Jetzt haben wir sie und es ist schön zu sehen, dass man bei etlichen Leuten noch im Adressbuch steht. Dank Skype, Facetime und Videokonferenzen können sich viele Leute bei den Gesprächen

auch noch sehen. Das ist doch schön!

Wir wohnen an der Birs und sehen, dass ganz viele Familien (Eltern und Kinder) zusammen eine kleine Velotour machen, spielen und zusammen lachen. Das ist sonst auch nicht so oft der Fall. Es gibt auch noch andere Birsbesucher, aber da dies ein positiver Beitrag sein soll, werde ich nicht über sie schreiben. Und haben wir nicht fast alle zu Hause geräumt und ausgemistet? Alles, was man seit Jahren nicht mehr brauchte, kam weg. Natürlich gab es dabei öfters Diskussionen, denn MANN war mit «das kann weg» sehr grosszügig, ausser es handelte sich beim Räumen um die Werkzeugabteilung! FRAU sah das natürlich umgekehrt. Ganz zu schweigen von den Überraschungen, die man manchmal auch erlebte: Lange Ver-

misstes wurde wiedergefunden und bescherte einem einige «Aha's».

Und was viele Menschen in der Küche so alles zauberten! Da wurden wahre Spitzenköche geboren, von denen man es nie erwartet hätte, sowie auch viele Bäcker, die sehr fantasievoll gebacken haben. Dank Facebook konnte man vieles miterleben.

Überhaupt wurden viele Leute sehr kreativ. Familien, Freunde, Bekannte und Nachbarn wuchsen durch Corona näher zusammen (bildlich gesprochen) und das ist doch etwas sehr Positives!

Diesen Text habe ich bewusst in der Vergangenheitsform geschrieben, da ich hoffe, dass beim Erscheinen der Zeitung alles bereits etwas lockerer gehandhabt werden kann.

Bleiben Sie gesund!

Der Artikel von Dominik Feusi

«Swiss und Lufthansa brauchen Geld»,

trifft die Sache auf den Punkt:

Man will nochmals die Schweizer Steuerzahlenden an die deutschen Aktionäre zahlen lassen.

Von Patrick Schäfli
e. Landrat SVP, Liestal

Dass nun Corona-Gewinnler leider die Gelegenheit nutzen, die Schweizer Steuerzahlenden nochmals zahlen zu lassen, war zu erwarten. Der Lufthansa und ihren Aktionären ging es offensichtlich nicht um die Bedürfnisse der Schweiz, sondern um das Wohl der Grossaktionäre. Die Flug-

häfen Genf, Basel, Lugano und Bern wurden bekanntlich längst von der Swiss bzw. der Lufthansa abgehängt. Es geht um die Versorgung des Hubs Frankfurt mit Passagieren. Wir haben als Schweizer Steuerzahlende die Swiss vor Jahren bereits für ein Butterbrot verkauft. Jetzt wollen die wieder Geld, getarnt als sog. Kredite mit Zinsen. Jeder weiss, dass die Kredite an die Swiss nach gewisser Zeit er-

lassen werden, auf Kosten der Steuerzahlenden. Ein Kredit an die Swiss bzw. deren Eigentümer darf nur dann erfolgen, wenn der Bund eine Minderheitsbeteiligung an der Swiss erhält. Ebenfalls müssten dann kompetente Nationalbank- oder Bundesvertreter im VR Einsitz der Swiss nehmen. Sonst darf kein Rappen des Bundes mehr bezahlt werden. Es reicht, der Bundesrat muss dies stoppen.



Lassen Sie sich den Flash per E-Mail liefern!

Immer mehr Mitglieder möchten den Flash nur noch per E-Mail erhalten und sind begeistert davon! Ab der nächsten Ausgabe des *Flash* haben auch Sie die Möglichkeit, die Zeitung per Mail zu erhalten!

Das hat folgende Vorteile

- Sie können die jeweiligen Ausgaben bequem in einem Ordner auf Ihrem PC, iPad, oder iPhone speichern.
- Sie haben immer alle Ausgaben dabei und können so jederzeit etwas nachlesen, das Sie interessiert.
- Sie sparen Platz, da sie die Papierausgaben nicht irgendwo sammeln müssen.
- Die Partei spart Geld, das sie nicht für Druck und Porti ausgeben muss.

Teilen Sie einfach Ihre Mail-Adresse der Geschäftsstelle, info@svp-bl.ch mit, wenn Sie den *Flash* in Zukunft per Mail erhalten möchten. Die Druckerei wird auch den Versand per Mail übernehmen.

Vielen Dank für Ihre Mithilfe. Geschäftsstelle SVP Baselland

Haben Sie eine neue Adresse?

Wenn ja, wünschen wir Ihnen alles Gute am neuen Domizil. Wir sind dankbar, Ihre neue Adresse zu erfahren, damit wir sie notieren und Sie weiterhin mit unserem Flash bedienen können.

Adressänderungen

bitte der Geschäftsstelle melden.
info@svp-bl.ch
 Telefon 061 421 86 21



Termine

Aufgrund der Corona-Situation bitten wir Sie für Termine der SVP Baselland die entsprechende Homepage zu besuchen.

Impressum/Kontakt

Flash ist das Infoblatt der SVP Baselland. Annahmeschluss für Beiträge: jeweils am 20. des Vormonats.
 Redaktion: flash@svp-bl.ch, Druck: Schaub Medien AG, Liestal.
 Adressänderungen an Geschäftsstelle SVP Baselland, 4410 Liestal, oder per Mail an: info@svp-bl.ch
 Telefon 061 421 86 21 / Fax 061 421 86 22 / www.svp-bl.ch

